

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Die heutige Wahlkreispost erscheint nun wieder einmal am Dienstag – und das hat einen Grund: Gestern war Maifeiertag und viele von euch haben ihn sicher genutzt, um Zeit mit der Familie zu verbringen – Und auch wer am vergangenen Sonntag etwas zu heftig in den Mai getanzt hat, der konnte gestern erst einmal richtig ordentlich ausschlafen. Vergessen wir aber nicht, was es mit dem Maifeiertag



eigentlich auf sich hat: Es ist der „Tag der Arbeit“! Es ist ein Tag, an dem sich viele von uns, die entweder gewerkschaftlich organisiert oder einfach nur der Sozialdemokratie verbunden sind, treffen, um eben dies nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, sondern besonders am 1. Mai deutlich zu machen, um was es ihnen geht: gute Arbeit, faire Löhne, betriebliche Mitbestimmung, eine angemessene soziale Absicherung und eine Rente, die der Lebensleistung des Einzelnen gerecht wird. Dafür kämpfen Sozialdemokraten nicht nur am 1. Mai, sondern das ganze Jahr – seit nun fast 154 Jahren.

Deshalb möchte ich anlässlich des Maifeiertages auch daran erinnern, wer diesen Tag – obwohl er auch davor schon immer ein besonderer Tag für die Arbeiterbewegung gewesen war – eigentlich als Feiertag eingeführt hat. Nur wenige wissen: Es waren die Nazis, die den 1. Mai erstmalig 1933 zum Feiertag erklärten. Einen Tag später, am 2. Mai – also heute vor 84 Jahren – zerschlugen die Nazis die Gewerkschaften und verhafteten ihre Funktionäre, die sich in ihren Betrieben für bessere Arbeitsbedingungen eingesetzt hatten, einige kamen zu Tode. So möchte ich heute an alle Gewerkschafter erinnern, die während des Dritten Reichs für Gerechtigkeit und Freiheit ihr Leben ließen.

In diesem Sinne: Glück auf!

Eure Sabine



„BERICHT DES RECHNUNGSHOFES IST VERKÜRZT“

Lewentz kritisiert Landesrechnungshofbericht zum Hahn-Verkauf

Der Landesrechnungshof hat rund neun Monate nach seiner Beauftragung durch den rheinland-pfälzischen Landtag seinen Prüfbericht zum Verfahren über die Veräußerung des Geschäftsanteils des Landes an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH (FFHG) an die SYT vorgelegt. Wegen des Ausfalls der damaligen Käufergesellschaft hatte die Landesregierung das Verkaufsverfahren im Sommer 2016 fortgesetzt und gemeinsam mit einer neuen Beratungsgesellschaft im Frühjahr 2017 zum Vertragsschluss mit der renommierten HNA-Gruppe geführt.

„Ich habe bereits mehrfach gegenüber Parlament und Öffentlichkeit betont, dass in diesem Teil des Verkaufsverfahrens Fehler gemacht worden sind. Wir haben aus Versäumnissen gelernt und im zweiten Anlauf des Verfahrens Konsequenzen gezogen. Dabei wurden unter anderem auch weitergehende Sicherungsmaßnahmen wie eine von den Interessenten zu zahlende Sicherheitsleistung und die Hinterlegung des Kaufpreises vor Vertragsunterzeichnung eingebaut“, unterstrich Innenminister Roger Lewentz. Der Bericht des Rechnungshofes liste vornehmlich bereits bekannten Fakten und Fehlentwicklung auf. „Es bestand zu keinem Zeitpunkt das Risiko, dass SYT auf Eigentum Zugriff hatte“, so Lewentz. Zu keinem Zeitpunkt hatte die Landesregierung die Absicht oder das Interesse an einem Vertragsschluss mit einem unseriösen Geschäftspartner, der nicht über notwendige Bonität für den Erwerb des Flughafens verfügt. Aus diesem Grund hat die Landesregierung von Beginn an externen Sachverstand einbezogen, der sich in einem Auswahlverfahren aufgrund seiner Expertise gegen andere Berater durchgesetzt hatte. Im Übrigen waren im Verkaufsverfahren und im ausgehandelten Vertragswerk Mechanismen zum Schutz des Landes eingebaut. So wurden weder Grundstücke noch der Geschäftsanteil oder Zahlungen an die damalige Käufergesellschaft geleistet. Die Sicherungsmechanismen haben gegriffen.

Die Ausführungen des Landesrechnungshofs bauen zumindest teilweise auf eine verkürzte Sachdarstellung und vor allem auf eine Beurteilung aus nachträglicher Sicht. So wird mit heutigem Wissensstand der Ausfall der damaligen Käufergesellschaft bewertet. „Ich habe bereits eingeräumt, dass wir mit dem heutigen Wissen, wie es der Rechnungshof hatte, natürlich anders gehandelt hätten“, so Lewentz weiter. Die Landesregierung sieht vor allem in dieser ex-post-Bewertung des Landesrechnungshofs einen wesentlichen Grund für die Annahme, die Landesregierung habe zahlreiche Vorgänge anders und zutreffender bewerten müssen als die bereits seit 2012 zur Vorbereitung und Durchführung des hochkomplexen Veräußerungsprozesses des Flughafens Hahn für das Land tätigen Berater.

Der Landesrechnungshof zieht an mehreren Stellen seines Gutachtens Parallelen zu den „Nürburgring-Projekten“, ohne dabei auch zu würdigen, dass die Landesregierung den in diesem Zusammenhang vom Landesrechnungshof genannten Kernforderungen Rechnung getragen hat: Sie hat beispielsweise ein formalisiertes Verfahren zur Markterkundung im Vorfeld der Beteiligung Privater durchgeführt, EU-beihilferechtliche Fragestellungen unter Hinzuziehung externen Sachverständigen geprüft und mit der Europäischen Kommission abgestimmt sowie eine nachvollziehbare Dokumentation der Verhandlungsergebnisse sichergestellt. Der Landesrechnungshof stellt in seinem aktuellen Gutachten selbst fest, dass das Land „von Anfang an für die Beihilfe-problematik sensibilisiert war“. Die dem Bericht des Landesrechnungshofs in Teilen zugrundeliegende verkürzte Sachdarstellung wird insbesondere deutlich im Zusammenhang mit seinen Ausführungen zur Marktsituation und zur Beauftragung der Integritätsprüfung. Einzelheiten zu den Kritikpunkten des Landesrechnungshofs und eine entsprechende Richtigstellung der Landesregierung findet sich unter folgendem Link: [Klick!](#)

STICH STELLT SICH HINTER LEWENTZ

„Die Strafanzeige des AfD-Fraktionsvorsitzenden Uwe Junge gegen den Innenminister entbehrt ganz offensichtlich jeglicher Grundlage. Selbst der Bericht des Landesrechnungshofs stellt fest, dass es keine Vermögensverluste für das Land gab. Den Vorwurf der Untreue kann ich deshalb nur auf das Schärfste zurückweisen. Auch, wenn es beim Verkauf des Flughafens Hahn an den Interessenten SYT zu schwerwiegenden Problemen kam, so kann ich versichern, dass Roger Lewentz jederzeit nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat – mit dem Ziel, die Flughafenanteile des Landes erfolgreich zu veräußern und damit die Wirtschaftskraft einer gesamten Region zu sichern.

Rheinland-Pfalz hat mit Roger Lewentz einen hervorragenden Innenminister. Unter seiner Verantwortung konnte zum Beispiel die weit überdurchschnittliche Aufklärungsquote bei Verbrechen erneut gesteigert werden, ebenso wie die Einstellungszahlen bei der Polizei. Der Breitbandausbau kommt konsequent voran und auch der schwierige Verkauf des Flughafens Hahn ist auf einem guten Weg.“



DANIEL STICH

FRANKREICH HAT WELTOFFENHEIT GEWÄHLT

Dreyer zum 1. Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahl

„Es freut mich sehr, dass die Mehrheit der Franzosen und Französinen ihre Stimme für einen der demokratischen und weltoffenen Bewerber abgegeben hat. Mit Emmanuel Macron ist zudem ein ausgewiesener Befürworter der Europäischen Union als Sieger der ersten Wahlrunde hervorgegangen.“ Das unterstrich Ministerpräsidentin Malu Dreyer. „Ich bin hoffnungsvoll, dass sich auch in der Stichwahl zeigen wird, dass die Mehrheit der Wähler und Wählerinnen in der langen Tradition der Werte der französischen Republik bleibt und gegen die nationalistische Kandidatin stimmen wird.“

„Mit Emmanuel Macron als Sieger des ersten Wahlgangs und Marine Le Pen haben es zwei Politiker in die Stichwahl um das Amt des französischen Staatspräsidenten geschafft, die unterschiedlicher nicht sein können: hier der pro-europäische, moderne Politiker, dort die fremdenfeindliche, auf Abschottung setzende Nationalistin. Klar ist dabei: Ein Sieg von Macron in der Stichwahl in zwei Wochen wäre ein Sieg für die deutsch-französische Freundschaft und den Zusammenhalt in Europa“, so die Ministerpräsidentin.

„Die Wahl stand unter schwierigen Vorzeichen. Der jüngste Terroranschlag forderte wieder das Leben von Menschen. Umso wichtiger ist es für uns als Nachbar und Freund Frankreichs, dass wir zueinander stehen und verlässliche Partner bleiben.“ Mit vereinten Kräften sei vieles errungen worden: eine Europäische Union, die seit über 60 Jahren besteht, eine gemeinsame Währung, eine abgestimmte Außen- und Sicherheitspolitik. „Wir sind wechselseitig der größte Handelspartner und freuen uns über einen regen Bildungsaustausch sowie enge Kontakte unter den Bürgern und Bürgerinnen“, sagte die Ministerpräsidentin.

„Ich sehe aber auch, dass diesseits und jenseits des Rheins viele Menschen verunsichert sind und festen Halt suchen. Doch der von Populisten propagierte Nationalismus und hohe Zäune berauben die Menschen ihrer Freiheit und können keine Lösung sein.“

Europa sei nur mit Frankreich stark. „Nur mit Frankreich können wir uns den globalen Herausforderungen stellen und nur zusammen können wir die EU attraktiver machen. Nach einem kontroversen Wahlkampf hoffe ich, dass sich die Franzosen und Französinen auf den proeuropäischen und demokratischen Kandidaten Macron einigen können“, so Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

DIALOG ZUR „ZUKUNFT DER ARBEIT“ GESTARTET

Auftaktveranstaltung zum Dialogprozess war ein Erfolg

Die Landesregierung hat in der vergangenen Woche in Mainz den Startschuss zur Erarbeitung eines Masterplans zur „Zukunft der Arbeit“ gegeben. „Zwar war unsere Arbeitswelt schon immer einem ständigen Wandel unterworfen, neu aber ist die große Dynamik der Veränderungen. Wie bei derzeit wohl nur wenigen anderen Themen kommt es hier darauf an, dass wir diesen Wandel gestalten“, erklärte Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler anlässlich der Auftaktveranstaltung.



Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler beim Startschuss zur Erarbeitung eines Masterplans "Zukunft der Arbeit in Rheinland-Pfalz".
© MSAGD/Fotografin Anke Kristina Schäfer

Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler beim Startschuss zur Erarbeitung eines Masterplans "Zukunft der Arbeit in Rheinland-Pfalz". Der Masterplan wird unter Federführung des Arbeitsministeriums zusammen mit Partnerinnen und Partnern des Ovalen Tisches der Ministerpräsidentin sowie Expertinnen und Experten entwickelt.

Die ungeheure Komplexität des Themas sei dabei eine große Herausforderung. Es sei deshalb die Aufgabe der Politik, den Wandel für die Bürgerinnen und Bürger transparent zu machen. Für die Ministerin ist dabei ein offener Austausch unverzichtbar: „Wir sollten weder mit Negativszenarien unbegründete Ängste schüren, noch versuchen, berechnete Befürchtungen kleinzureden.“



© MSAGD/Fotografin Anke Kristina Schäfer

Der Masterplan wird unter Federführung des Arbeitsministeriums zusammen mit den Partnerinnen und Partnern des Ovalen Tisches (OT) der Ministerpräsidentin sowie Expertinnen und Experten entwickelt. Zu den wichtigsten Aspekten gehören aus Sicht der Arbeitsministerin etwa die Flexibilisierung von Arbeitszeit und -ort.

„Durch neue Techniken wird Arbeit prinzipiell zu jeder Zeit und von jedem Ort möglich. Dies bietet zweifelsohne Chancen. Doch auch die Digitalisierung ändert nichts an bestimmten grundlegenden menschlichen Bedürfnissen, nämlich irgendwann abschalten zu dürfen und die Möglichkeit zu haben, sich von der Arbeit zu erholen“, betonte die Ministerin. Als weiteres Beispiel nannte sie die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Mitbestimmung oder den Beschäftigtendatenschutz habe. „Nicht alles, was technisch möglich ist, sollte auch gemacht werden.“

Die Entwicklung des Masterplans erfolgt in zwei Schritten. Zu Beginn steht ein wissenschaftlich begleiteter, landesweiter Diskurs, an dem alle Partner des Ovalen Tisches beteiligt sind. Bürgerinnen und Bürger, aber auch Verbände und Betriebe können sich im Rahmen von themenspezifischen Konferenzen beteiligen. „Schon im Vorfeld werden alle Teilnehmer über verschiedene Kanäle wie Facebook oder eine eigene App die Möglichkeit haben, ihre Fragen und Perspektiven in die Diskussion einzubringen“, so die Ministerin.

Ab voraussichtlich dem Herbst werden dann die erarbeiteten konkreten Fragestellungen im Rahmen des eigentlichen Masterplans aufgegriffen. Die Landesregierung wird dabei basierend auf dem vorherigen Dialog und ebenfalls in Zusammenarbeit mit den OT-Partnern ein Strategiepapier erarbeiten, das konkrete, aufeinander abgestimmte Zielsetzungen enthält, um den Wandel der Arbeitswelt in Rheinland-Pfalz aktiv zu gestalten.

INNOVATIONSWETTBEWERB „TEILHABE FÜR MENSCHEN MIT DEMENZ“

In Rheinland-Pfalz setzen sich viele regionale Netzwerke, Vereine und Organisationen dafür ein, Menschen mit Demenz am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Um diese Initiativen sichtbar zu machen, ruft die rheinland-pfälzische Demografieministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler im Rahmen ihrer Demenzstrategie den Innovationspreis-Wettbewerb „Teilhabe für Menschen mit Demenz!“ aus. Bewerbungsfrist ist der 15. Juli 2017.

Sabine Bätzing-Lichtenthäler ist dieser Wettbewerb für mehr Teilhabe von Menschen mit Demenz eine Herzensangelegenheit. „Wir müssen alle an einer Gesellschaft mitwirken, in der Menschen mit Demenz selbstverständlich dazugehören. Deshalb ist das Ziel des Wettbewerbs, innovative Ideen und Projekte ausfindig zu machen, mit denen es besonders gut gelingt, Menschen mit Demenz gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen. Diese guten Beispiele wollen wir würdigen, sie einer breiten Öffentlichkeit bekannt machen und zur Nachahmung aufrufen“, sagte die Ministerin.

Menschen mit Demenz wollen am gesellschaftlichen Leben teilhaben, weiterhin mitreden, mitbestimmen und ihre Talente und Fähigkeiten einbringen. Besonders im frühen Stadium der Demenz können und wollen sie sich für ihre eigenen Belange und Bedürfnisse einsetzen und ihren Interessen nachgehen. Gute Beispiele sind Bewegungsangebote von Sportvereinen für Menschen mit und ohne Demenz, das gemeinsame Singen in einem Chor oder Initiativen, die den Besuch eines Museums oder Theaters organisieren.

Bis zum 15. Juli 2017 können sich lokale und regionale Projekte aus Rheinland-Pfalz bewerben, die vor Ort Menschen mit Demenz und ihre Angehörige in das gesellschaftliche Leben einbinden und deren Leben damit freundlicher, aktiver und gemeinschaftlicher gestalten. Die drei ersten Preise sind mit 3.000 Euro, 1.500 Euro und 1.000 Euro dotiert. Die Auszeichnungen verleiht Ministerin Bätzing-Lichtenthäler am 6. September 2017 im Rahmen einer Feierstunde im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie in Mainz.

Die Bewerbungsunterlagen und mehr Informationen zum Wettbewerb „Teilhabe für Menschen mit Demenz!“ und zur Demenzstrategie des Landes finden Sie auf der [Homepage des Sozialministeriums](#) und auf der [Homepage der Initiative „Menschen pflegen“](#).

LAND FÖRDERT „DIGITALES BETZDORF“

180.000 Euro für die digitale Vernetzung von Land und Leuten

Seit nun schon über einem Jahr nimmt die damalige Verbandsgemeinde Betzdorf – heute: Betzdorf-Gebhardshain – am Projekt „Digitale Dörfer“ des Fraunhofer-Instituts für Experimentelles Software-Engineering (Fraunhofer IESE) teil. Das renommierte Fraunhofer-Institut erforscht im Rahmen des Projektes, wie ländliche Regionen von der neuen Vernetzung in der digitalen Welt ganz konkret in der realen Welt profitieren können. Die Chancen der Digitalisierung für das Gemeinschaftsleben nutzbar machen, ist hier die Devise. Die Verbandsgemeinde Betzdorf war als eine der drei Modellkommunen in Rheinland-Pfalz von Anfang an dabei und unterstützt die Umsetzung des Projekts vor Ort mit der begleitenden Kampagne „Betzdorf digital“. Seit Beginn des Jahres 2017 geht das Fraunhofer-Institut mit „Digitale Dörfer 2.0“ nun in die nächste Runde – und wieder ist Betzdorf mit von der Partie.

Wie die heimische SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Bätzing-Lichtenthäler nun auf Anfrage durch das rheinland-pfälzische Innenministerium erfuhr, erhält die Kommune vom Land dafür nun Fördergelder in Höhe von 180.000,00 Euro. „Ich freue mich über die finanzkräftige Unterstützung von Seiten des Landes für dieses tolle Projekt“, teilt die Abgeordnete mit. „Das Fraunhofer-Institut und Bernd Brato als Bürgermeister der Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain gehen hier genau den richtigen Weg: Die Digitalisierung auch als Chance für den ländlichen Raum begreifen – und auch nutzen!“ Die Verbandsgemeinde Betzdorf sei gerade in Sachen Digitalisierung immer einer der Vorreiter in der Region gewesen, so Bätzing-Lichtenthäler. Frühzeitig habe man hier die Bedeutung von High-Speed-Internet als Standortfaktor erkannt und mit dem Netzausbau aus eigener Hand entsprechend gehandelt. „Mit dem Projekt der ‚Digitalen Dörfer‘ wurde der folgerichtige Weg eingeschlagen: Die digitale Infrastruktur ist da – nun können die Bürgerinnen und Bürger ganz neue Formen der Vernetzung ausprobieren, die durch das Fraunhofer-Institut wissenschaftlich fundiert begleitet werden und langfristig von allen auch gewinnbringend genutzt werden könnten. Ministerpräsidentin Malu Dreyer spricht oft von der Digitalisierung und dem Demografischen Wandel als zwei der wichtigsten und bedeutendsten Herausforderungen, die sie im Sinne der Bürgerinnen und Bürger gestalten möchte. Das ‚Digitale Betzdorf‘ zeigt, wie es geht und wird deshalb gerne vom Land unterstützt“, erklärt Bätzing-Lichtenthäler abschließend.